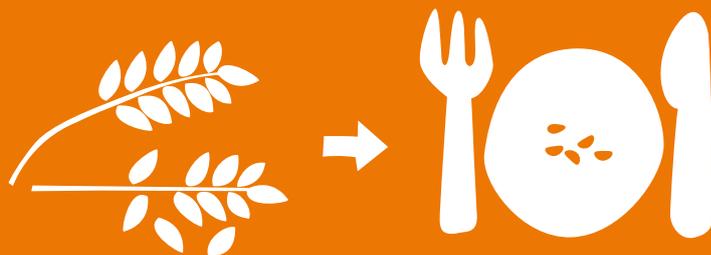


HUNGER DURCH KLIMA- WANDEL



OXFAM
Deutschland

DIE FOLGEN DES
KLIMAWANDELS
FÜR DIE ERNÄHRUNGS-
SICHERHEIT



WWW.OXFAM.DE

HUNGER DURCH KLIMA- WANDEL



„Der Regen kommt nicht mehr dann, wenn wir ihn erwarten.“

Der Klimawandel hat das Leben von Estela Njolos maßgeblich verändert. Erst kam die Dürre, dann die Flut. Und seit ein paar Jahren gibt es beide im Wechsel. Dürre, Flut. Immer häufiger. Die 52-jährige Kleinbäuerin aus Malawi ernährt fünf Kinder durch den Anbau von Mais. Doch die Klimaveränderung macht den Anbau immer problematischer. Wegen der Ernteauffälle kann sie die Schulgebühren für ihre Kinder kaum noch zahlen. „Als ich Kind war, besaßen wir mehr“, sagt sie.

© Abbie Trayler-Smith / Oxfam

Der Klimawandel und seine Folgen bedrohen schon heute Millionen von Menschen weltweit. Wissenschaftler/-innen warnen seit Jahren davor, dass ein ungebremster Klimawandel die Welt ins Chaos führen wird. Obwohl der Klimaschutz seit Jahren im Zentrum der öffentlichen Debatte steht und auch weltweit in unzähligen Initiativen, Aktionsplänen und konkreter Politik Berücksichtigung findet, steigt der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase nach wie vor. Schon vor Jahren hat die Staatengemeinschaft vereinbart, den Klimawandel so zu begrenzen, dass die globale Durchschnittstemperatur nicht über 2° Celsius ansteigt, um die Folgen des Klimawandels noch beherrschen zu können – auch wenn bereits bei einer geringeren Erwärmung die Folgen in vielen Regionen existenziell gefährlich werden dürften. Derzeit aber steuert die Welt auf einen Anstieg um 3 bis 5° Celsius zu. Vor diesem Hintergrund warnt der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) in seinem jüngsten Sachstandsbericht eindringlich: Je stärker sich das Klima erwärmt, desto höher ist das Risiko, dass die Folgen einschneidend, allumfassend und unumkehrbar sein werden (IPCC 2014).

DIE MENSCHENRECHTE UND DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Die Welternährungsorganisation (FAO) definiert Ernährungssicherheit als dann erreicht, *„wenn für alle Menschen zu jeder Zeit der physische und wirtschaftliche Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Nahrungsmitteln gewährleistet ist, um ihre Ernährungsbedürfnisse und Nahrungsmittelvorlieben zu befriedigen und somit ein gesundes und aktives Leben“* für sie möglich ist. Die Anwendung von menschenrechtlichen Prinzipien ist dabei ein integraler Bestandteil. Mit der einstimmigen Verabschiedung der freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung im Jahr 2005 haben die Mitgliedsstaaten der FAO hervorgehoben, dass Ernährungssicherheit dann erreicht sein wird, wenn bestehende Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, auf Zugang zu Informationen, auf Meinungsfreiheit und auf Mitbestimmung verwirklicht sind (FAO 2005). Die schleichenden Veränderungen infolge des Klimawandels wie etwa zunehmende Dürren, aber auch plötzliche Katastrophen wie schwere Unwetter bringen die Ernährungssicherheit für immer mehr Menschen zunehmend in Gefahr.

HUNGER – AUCH OHNE DEN KLIMAWANDEL

Weltweit werden genügend Lebensmittel produziert, um die ganze Menschheit problemlos zu ernähren. Dennoch hungern nach Angaben der Welternährungsorganisation aktuell 795 Millionen Menschen (FAO 2015). Drei Viertel von ihnen leben in ländlichen Gebieten, die meisten sind Kleinbauern/-bäuerinnen oder Landarbeiter/-innen. Es fehlt ihnen an vielen Grundvoraussetzungen, um ihre Existenz zu sichern, wie etwa ausreichender Zugang zu Land und Wasser, aber auch zu Märkten, Ausbildung und Gesundheitsversorgung (FAO 2011).

Hunger ist kein Problem des Mangels. Der einseitige Fokus auf die landwirtschaftliche Produktionssteigerung mithilfe des massiven Einsatzes von Industriesaatgut, Düngemitteln und Pestiziden führte in der Vergangenheit zu erheblichen Umweltproblemen und ging zulasten von Kleinbauern/-bäuerinnen sowie Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Ungleichheit auf dem Land nahm zu. Kleinbäuerliche Produzenten wurden jahrzehntelang vernachlässigt und durch Strukturanpassungsprogramme, Handelsliberalisierung und Dumpingimporte aus Industrieländern in die Subsistenzlandwirtschaft gedrängt (de Schutter 2014).

An dieser Ausrichtung hat sich bis heute wenig geändert. Viele Staaten setzen nach wie vor auf landwirtschaftliches Wachstum sowie Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen. Seit einigen Jahren gehen reiche Länder verstärkter Kooperationen mit Unternehmen ein, denen sie eine Schlüsselfunktion bei der Bekämpfung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern zuschreiben. Politische Reformen in den Entwicklungsländern – vorangetrieben auch von den Geberländern – sollen die Voraussetzungen für Investitionen von Unternehmen verbessern: Bereitstellung von Land für großflächige, industrielle Landwirtschaft, Handelserleichterungen und striktere Saatgutgesetze (Oxfam 2014a). Besonders benachteiligt werden Frauen. Sie besitzen kein Land und haben auch kaum Zugang zu Beratungsdienstleistungen, Krediten und Förderprogrammen.

Seit Mitte der 2000er Jahre haben zudem Preisexplosionen auf den Weltagarmärkten die Hungersituation verschärft. Von Mitte 2007 bis Mitte 2008 stiegen die Weltmarktpreise für Reis um durchschnittlich 185 Prozent, für Weizen um 137 Prozent und für Mais um 92 Prozent. Weitere Preisspitzen waren in den Jahren 2010, 2011 und 2012 zu verzeichnen. Die Gründe: schlechte Ernten durch Wetterextreme, niedrige Lagerbestände durch die politisch geförderte Verwendung von Nahrungsmitteln für Biosprit und die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln, die bestehende Preistrends verschärft. Seit 2013 hat sich die Preissituation auf dem Weltmarkt wieder entspannt. Einige sehen bereits das Ende der Phase hoher und extrem schwankender Nahrungsmittelpreise gekommen. Dies erscheint verfrüht und angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen unwahrscheinlich. Das gilt umso mehr, als das Wetterphänomen El Niño schon in mehreren Ländern zu steigenden Nahrungsmittelpreisen führt (Oxfam 2015).

Als Folge der hohen Nahrungsmittelpreise stieg auch das Interesse von Investoren an Land. Sie kaufen oder pachten Landflächen in großem Stil, meistens, um Agrarrohstoffe für den Export oder für die Produktion von Biosprit zu produzieren. Dies geht allzu oft einher mit der Vertreibung von Kleinbauern und -bäuerinnen, mit Menschenrechtsverletzungen und sozialen Konflikten. Auch der zunehmende Anbau von Futtermitteln für die industrielle Fleischproduktion verschärft die Konkurrenz um Land. Sich ändernde Ernährungsgewohnheiten in Schwellenländern führen zu einem höheren Fleischkonsum, während in den Industrieländern der Fleischkonsum nach wie vor sehr hoch ist. Etwa ein Drittel der weltweiten Getreideproduktion wird bereits an Tiere verfüttert (FAO 2011).

Der Klimawandel wird die existierenden Probleme weiter verschärfen und dabei ein immer größeres Gewicht bekommen. Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich schon heute, etwa wenn extreme klimatische Ereignisse die verfügbare Mengen an Grundnahrungsmitteln oder aber den Zugang zu ihnen erheblich beeinträchtigen (siehe Kasten).

DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS SIND SCHON HEUTE SPÜRBAR

Extreme Wetterereignisse hat es schon immer gegeben. Aber in den letzten Jahren können Forscher einen Einfluss des Klimawandels zunehmend deutlich erkennen. Sie geben einen Vorgeschmack auf das, was in Zukunft zu erwarten ist.

Die Überschwemmungen in Pakistan

2010 wurden durch den zu frühen und extremen Monsun hervorgerufen, der zu Starkregenfällen führte. Fast 2.000 Menschen starben, zwei Millionen Häuser wurden zerstört, 21 Millionen Menschen mussten vor den Fluten fliehen. Vor allem Landlose und Bauernfamilien waren betroffen. Fast ein Drittel der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten litt Hunger – dabei öffneten sich kurz nach der Katastrophe die Märkte wieder, aber die Menschen hatten wegen der Katastrophe ihre Einkommensgrundlagen verloren und konnten sich die Nahrungsmittel nicht leisten.

Die Dürre in Ostafrika im Jahr 2011

war die Folge mehrerer ausbleibender Regenfälle. Trotz frühzeitiger Warnung waren die Folgen in Kenia, Äthiopien und Somalia desaströs. Innerhalb eines halben Jahres verdoppelte sich die Anzahl der Menschen, die auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen waren, auf 17,5 Millionen. Die Lebensmittelpreise schossen in die Höhe, in einigen Regionen fiel fast die gesamte Ernte aus. Allein in Somalia starben 285.000 Menschen an Hunger und Mangelernährung, davon mehr als die Hälfte Kinder unter fünf Jahren. In Kenia ging zwei Drittel des Viehbestands zugrunde, sodass viele Nomaden und Pastoralisten ihre Lebensgrundlage verloren.

Der **Taifun Haiyan**, der die Philippinen im November 2013 traf, war der stärkste bisher aufgezeichnete Zyklon in der Geschichte des katastrophenerprobten Landes. Die entstandenen Schäden wurden auf 23 Milliarden US-Dollar geschätzt, insgesamt waren 11,3 Millionen Menschen betroffen. Fischer verloren ihre Boote, Kleinbauern ihre Felder. Etwa 600.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche, darunter auch viele Reisfelder, wurden zerstört.

Quelle: Oxfam 2014b

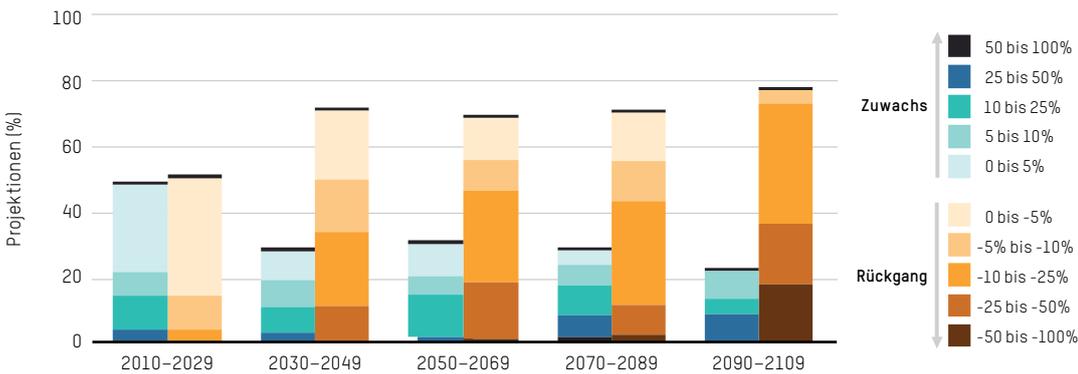
DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT DEN WELTWEITEN HUNGER

Der jüngste Bericht des UN-Wissenschaftsrats zum Klimawandel warnt davor, dass die Auswirkungen des Klimawandels weltweit die Ernährungssicherheit weiter untergraben, bestehende Armutsfallen zementieren und neue schaffen werden (IPCC 2014).

Auf der einen Seite wirken schleichende Prozesse wie steigende Temperaturen, verstärkte Trockenheit und abnehmende Regenmengen. Sie verringern die Ernteträge, erschweren insgesamt die Landwirtschaft und machen sie in manchen Regionen sogar unmöglich, etwa weil geeignete Flächen verloren gehen (z.B. durch Austrocknung oder Erosion). Auf der anderen Seite ist vermehrt mit Extremwetterereignissen wie sintflutartigen Regenfällen, Überschwemmungen und Stürmen zu rechnen, die Felder und Ernten komplett vernichten, den Viehbestand dezimieren oder Fischerboote und andere Produktionsmittel zerstören. Auch der steigende Meeresspiegel zwingt schon heute immer wieder Menschen zur Aufgabe von Anbauflächen in Küstennähe. Indirekt wird die Ernährungssicherheit zusätzlich beeinträchtigt, weil sinkende Erträge die lokalen und globalen Preise steigen lassen und dies Menschen mit geringem Einkommen in existenzielle Nöte bringt.

Schon bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 2° Celsius sind die erwarteten Folgen erheblich. In Brasilien wird in manchen Regionen mit einem 70-prozentigen Rückgang der Erträge bei Soja gerechnet, bei Mais um bis zu 60 Prozent. In Jordanien, Ägypten und Libyen könnten die Weizenerträge um bis zu 30 Prozent sinken (Weltbank 2014). In Afrika südlich der Sahara wird ein Rückgang der gesamten Erträge um etwa 10 Prozent erwartet (Weltbank 2013). Insgesamt schätzt der IPCC, dass die Ernteträge ab dem Jahr 2030 um bis zu zwei Prozent pro Jahrzehnt sinken, während der Nahrungsmittelbedarf aufgrund von Bevölkerungswachstum und veränderten Konsumgewohnheiten im gleichen Zeitraum um 14 Prozent pro Jahrzehnt steigen wird (IPCC 2014a).

Veränderung der Ernteerträge weltweit



Während sich Zuwächse bei den Ernten etwa in nördlichen Breiten mit Rückgängen in anderen Regionen in der nahen Zukunft ungefähr die Waage halten werden, verschiebt sich das Bild für die darauffolgenden Jahrzehnte hin zu deutlichen Ernterückgängen. Die Grafik fasst Projektionen für künftige Ernteerträge in verschiedenen Weltregionen und für Klima-Szenarien mit hoher und niedriger globaler Erwärmung sowie mit und ohne Anpassung zusammen. Veränderungen bei den Ernteerträgen sind im Vergleich zum späten 20. Jahrhundert angegeben. Quelle: IPCC 2014b

HÖHERE TEMPERATUREN MINDERN DAS PFLANZENWACHSTUM UND REDUZIEREN FISCHBESTÄNDE

In Afrika und Teilen Asiens werden die Temperaturen in manchen Regionen deutlich stärker als im globalen Durchschnitt steigen. Zu hohe Temperaturen hemmen das Wachstum von Pflanzen und verkürzen in vielen Regionen die Anbauphasen, beeinträchtigen die Produktivität der Viehhaltung und lassen insgesamt die landwirtschaftlichen Erträge sinken (Weltbank 2013, 2014).

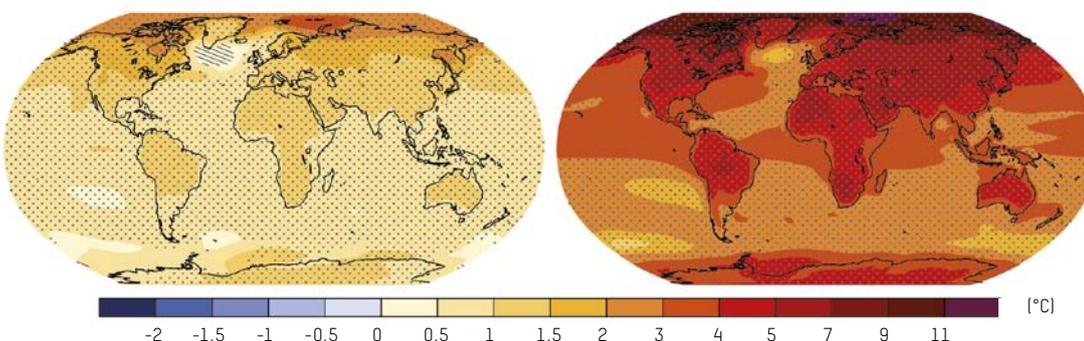
Mit dem Temperaturanstieg werden auch die Ozeane wärmer, vor allem in den tropischen und subtropischen Gebieten. Außerdem nehmen die Ozeane einen Teil des in der Luft enthaltenen CO₂ auf, wodurch sich der Säuregehalt des Wassers vor allem in oberflächennahen Bereichen ändert. Diese Kombination aus Erwärmung und Versauerung der Meere wird in manchen Regionen zu einem Rückgang der Fischbestände sowie zu Abwanderungen von Arten in kühlere Meeresgebiete führen. Für das Gebiet der südlichen Philippinen wird erwartet, dass bis Mitte des Jahrhunderts das Fangpotenzial um die Hälfte zurückgeht (Weltbank 2013).

AUSBLEIBENDER REGEN LÄSST DAS LAND VERTROCKNEN

Der Klimawandel verändert auch die Niederschläge. Während in den höheren Breiten zum Teil mit mehr Regen gerechnet werden kann, sagt der Weltklimarat vor allem für das südliche und nördliche Afrika sowie Teile Mittel- und Südamerikas einen Rückgang der Niederschläge voraus. Schon eine Erwärmung um 2° Celsius wird die Wasserknappheit im Afrika südlich der Sahara weiter verstärken. Bei 4° Celsius rechnet man für das südliche Afrika mit einem Rückgang der jährlichen Niederschläge um bis zu 30 Prozent. Die Grundwasserressourcen in Teilen des südlichen und westlichen Afrikas könnten um 50 bis 70 Prozent zurückgehen. Für Zentralafrika sagen Experten ebenfalls eine Verschlimmerung der Dürren vorher (Weltbank 2013). Ähnlich sieht es in vielen Regionen Lateinamerikas aus: In der Karibik, in Brasilien, in Patagonien und weiteren Regionen könnten die Niederschläge um bis zu 40 Prozent zurückgehen (Weltbank 2014).

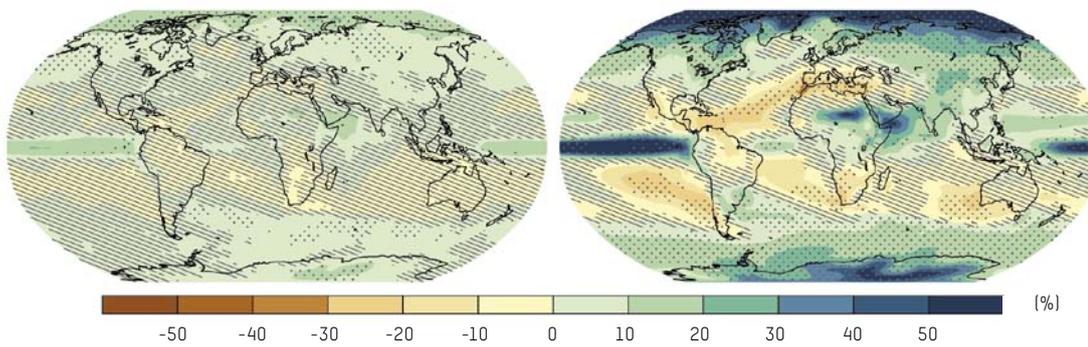
Die Veränderungen der Niederschläge haben direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft, da weltweit 80 Prozent der Landwirtschaft im Regenfeldbau betrieben wird. In Afrika liegt der Anteil bei 95 Prozent (WFP 2012). Bereits bei einem Temperaturanstieg um 1,5° Celsius bis 2030 könnten in Afrika 40 Prozent der gegenwärtigen Anbaugelände für Mais nicht mehr dafür geeignet sein. Ähnlich sieht es für Sorghum im westlichen Sahel und südlichen Afrika aus. Damit verlieren die Menschen wichtige Grundnahrungsmittel. Von der Trockenheit und den Temperaturen werden auch Pastoralisten und Nomadenvölker betroffen sein, die ihr Vieh nicht mehr mit Wasser versorgen können und nicht mehr ausreichend Weideland finden (Weltbank 2013). Im Mittleren und Nahen Osten ist die Landwirtschaft in hohem Maße von ausreichenden Niederschlägen abhängig. Gehen die Niederschläge bei einer Erwärmung um 2° Celsius wie erwartet um 20 bis 40 Prozent und bei einer Erwärmung um 4° Celsius sogar um bis zu 60 Prozent zurück, dürfte das die Landwirtschaft empfindlich treffen (Weltbank 2014).

Veränderungen der Durchschnittstemperatur bis Ende des Jahrhunderts



Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur findet regional höchst unterschiedlich statt. Links für ein Szenario, bei dem die Erwärmung im globalen Durchschnitt wahrscheinlich unter 2° Celsius über dem vorindustriellen Niveau bleibt, rechts für ein Szenario von etwa 4° Celsius Erwärmung (Veränderungen jeweils für 2081–2100 gegenüber 1986–2005). Quelle: IPCC 2014

Veränderung der Niederschläge bis Ende des Jahrhunderts



Die Veränderungen bei den Niederschlägen bis zum Ende des Jahrhunderts: Links für ein Szenario, bei dem die Erwärmung im globalen Durchschnitt wahrscheinlich unter 2° Celsius über dem vorindustriellen Niveau bleibt, rechts für ein Szenario von etwa 4° Celsius Erwärmung (Veränderungen jeweils für 2081-2100 gegenüber 1986-2005). Quelle: IPCC 2014

ANBAUFLÄCHEN VERSINKEN IM MEER

Höhere Temperaturen führen zu einem Anstieg des Meeresspiegels, nach Einschätzung der Wissenschaftler um 55 cm (bei 2° Celsius Erwärmung) bis 82 cm (bei 4° Celsius Erwärmung) (IPCC 2014). Grund dafür sind das Abschmelzen der Polkappen und Gletscher, aber auch die thermische Ausdehnung der Ozeane. Allerdings steigt das Meer nicht überall gleich stark an. Für Südostasien wird beispielsweise mit einem 10 bis 15 Prozent höheren Anstieg gerechnet als im globalen Mittel. Damit sind die Landflächen vor allem in Küstengebieten von Überflutung und Versalzung der Böden bedroht. Wenn der Meeresspiegel vor der Küste Indonesiens um einen Meter ansteigt, nehmen die von Versalzung infolge des Eindringens von Meerwasser bedrohten Flächen in der Region des Mahaka-Flusses um sieben bis zwölf Prozent zu (Weltbank 2013). In anderen Regionen wird der Meeresspiegelanstieg noch drastischere Auswirkungen haben. Weite Teile von Bangladesch, dem Land mit der weltweit höchsten Bevölkerungsdichte, liegen nur knapp über dem Meeresspiegel und im Mündungsdelta der drei Flüsse Brahmaputra, Ganges und Meghna. Ein Meeresspiegelanstieg von 45 cm könnte den dauerhaften Verlust von bis zu 15.600 km² Landfläche bedeuten. Steigt der Meeresspiegel um einen Meter, könnten bis zu 30.000 km² dauerhaft überschwemmt werden – ein Fünftel der Landfläche Bangladeschs (Anwar 2000/2001).

UNWETTER ZERSTÖREN DIE FELDER

Zusätzlich zu den schleichenden Veränderungen des Klimas werden in Zukunft auch mehr Unwetterkatastrophen die Ernährungssicherheit der Menschen bedrohen. In Südasien werden Stärke und Windgeschwindigkeiten tropischer Zyklone steigen. Extreme Regenfälle könnten um bis zu einem Drittel zunehmen und damit das Risiko von schweren Überschwemmungen erhöhen (Weltbank 2013). Lateinamerika hat bereits bei einer Erwärmung um 2° Celsius mit 40 Prozent mehr atlantischen Stürmen zu rechnen. Bei +4° Celsius könnten es bis 80 Prozent mehr werden. 8,5 Millionen Menschen leben in den stark betroffenen Regionen (Weltbank 2014).

Auch andere wetterbedingte Katastrophen werden zunehmen. In Lateinamerika steigt beispielsweise die Wahrscheinlichkeit für Starkregenereignisse, die zu Erdbeben führen, Felder überschwemmen und Ernten zerstören, wie es etwa 2011 im brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro geschah (Weltbank 2014). Es ist zudem mit mehr Hitzewellen wie jener in Russland im Jahr 2010 zu rechnen, bei der es zu massiven Ernteaussfällen bei Weizen kam und die russische Regierung ein Exportverbot verhängte, mit schlimmen Folgen für vom Weizenimport abhängige Länder (Oxfam 2014b).

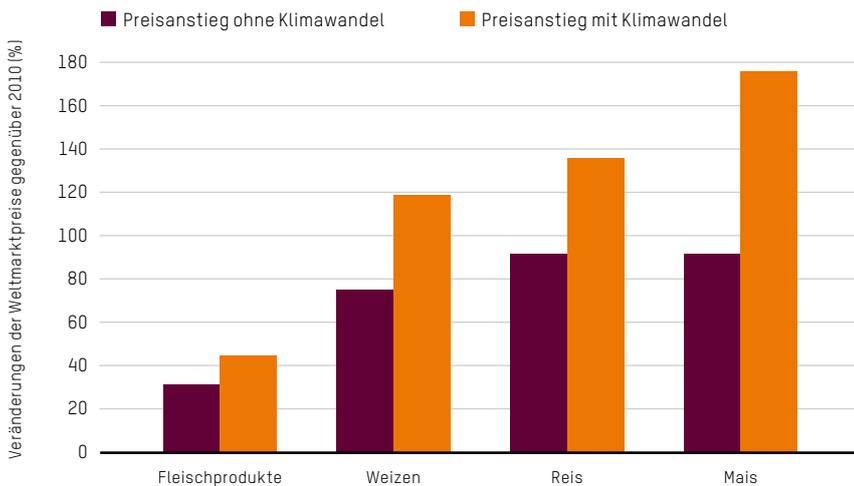
STIEGENDE PREISE FÜR GRUNDNAHRUNGSMITTEL

Wenn die Ernte vertrocknet oder die Felder überschwemmt werden, treibt das die Preise auf den Märkten in die Höhe. Der erwähnte Exportstopp in Russland löste einen Preisanstieg auf dem Weltmarkt aus: Im April 2011 lag der Weizenpreis um 85 Prozent höher als im Vorjahr (Oxfam 2014).

Nach einer Studie im Auftrag von Oxfam könnten die Preise für alle wichtigen Grundnahrungsmittel bis 2030 wegen des Klimawandels deutlich stärker ansteigen, als ohnehin zu erwarten ist. Demnach ist etwa für Mais bis 2030 mit einem Preisanstieg um fast 180 Prozent zu rechnen – die Hälfte davon wegen des Klimawandels. Solche Preisanstiege stellen viele der ärmeren Entwicklungsländer vor große Probleme, weil sie in der Mehrzahl Nettoimporteure von Grundnahrungsmitteln sind und sich weite Teile ihrer Bevölkerung die teureren Nahrungsmittel schlicht nicht mehr leisten können.

In Modellrechnungen hat Oxfam außerdem die Folgen denkbarer Extremereignisse, die infolge des Klimawandels häufiger auftreten könnten, analysieren lassen. So würde etwa eine Dürre in Westafrika vom Ausmaß der Dürre von 1992 den regionalen Preis für Mais um die Hälfte nach oben schnellen lassen. Eine Kombination aus Dürren und Überschwemmungen im südlichen Afrika wie 1995 würde die regionalen Preise für Mais sogar mehr als verdoppeln. Auch die Preise auf den

Entwicklung der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel bis 2030



Auch ohne den Klimawandel werden die Preise für Nahrungsmittel auf den Weltmärkten steigen, etwa wegen veränderter Essgewohnheiten in den Schwellenländern bei gleichzeitig anhaltend übermäßigem Fleischverbrauch in den reichen Ländern, oder weil Ackerflächen mehr und mehr für die Produktion von Biokraftstoffen genutzt werden. Die Folgen des Klimawandels werden diesen Preisanstieg noch einmal deutlich anteuern.

Quelle: Oxfam 2011

Weltmärkten können empfindlich reagieren: Eine Dürre in Nordamerika wie die schwere Dürre von 1988 könnte den Weltmarktpreis für Mais auf mehr als das Doppelte hochtreiben und den für Weizen um ein Drittel ansteigen lassen. Immer werden die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern besonders stark betroffen sein, da sie bereits heute einen Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben und keine Reserven haben, um derartige Preissprünge zu verkraften, auch wenn sie nur temporär sind (Oxfam 2012).

INDIREKTE WIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS AUF DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel warnt auch vor den indirekten Folgen für die Ernährungssicherheit. Beispielsweise machen zunehmende Hitzeperioden das Arbeiten auf den Feldern schwerer oder gar unmöglich. Die Ausbreitung von durch Insekten übertragbare Krankheiten wie Malaria oder die Verschlechterung der Versorgung mit sauberem Trinkwasser beeinträchtigen die Gesundheit der Menschen und verschlechtern ihre Einkommens- und Ernährungssituation. Und dies oft gleich doppelt: Betroffen sind die Kranken selbst und diejenigen, die die Kranken pflegen – meistens Frauen. Wenn die Einkommen sinken, können sich die Menschen weniger Nahrungsmittel leisten, oder sie müssen bei der Qualität der Nahrungsmittel sparen. In Afrika könnte die Anzahl der unterernährten Menschen bis zum Jahr 2050 um 25 bis 90 Prozent ansteigen (Weltbank 2013). In Asien wird erwartet, dass bis 2050 die Wachstumsstörungen bei Kindern um 35 Prozent zunehmen (Weltbank 2013). Zudem müssen Kinder vermehrt zum Familieneinkommen beitragen, anstatt in die Schule zu gehen, und dies umso mehr, je stärker der Klimawandel das Einkommen beeinträchtigt. Dies verbaut langfristig Möglichkeiten, Einkommen zu sichern und der Armutsfalle zu entkommen. Für viele Familien bleibt oft nur die Abwanderung, etwa in die Slums der großen Städte.

WAS ZU TUN IST: KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN, ARME LÄNDER UNTERSTÜTZEN!

Um die schlimmsten Folgen der globalen Erwärmung in den Entwicklungsländern noch zu verhindern, muss der Klimawandel soweit wie möglich begrenzt werden. Klimaschutz ist eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und eine Welt ohne Armut und Hunger. Dafür muss der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase deutlich abgesenkt werden – auf nahezu Null in den kommenden Jahrzehnten. Das erfordert eine Transformation unserer Wirtschafts- und Energiesysteme auf Grundlage drastisch erhöhter Energieeffizienz und ein Umstieg von den fossilen Energieträgern wie Kohle zu den erneuerbaren Energien. Die reichen Länder, die nach wie vor Hauptverursacher des Klimawandels sind, haben hier eine besondere Verantwortung.

Aber auch ehrgeiziger Klimaschutz wird den Klimawandel nur begrenzen und nicht mehr aufhalten. Schon jetzt passen sich die Menschen in den armen Ländern den klimatischen Veränderungen an – es bleibt ihnen nichts anderes übrig. Die armen Länder brauchen aber ausreichend Unterstützung, um die Lebensgrundlagen der Menschen abzusichern. Dies kann beispielsweise gelingen über die Förderung agrar-ökologischer Anbauverfahren oder die Verwendung schnellkeimender oder dürreresistenter traditioneller Sorten, bessere Frühwarnsysteme und Notfallpläne für künftige Unwetterkatastrophen. Wichtig ist aus menschenrechtlicher Perspektive vor allen Dingen eine Analyse der konkreten „Verwundbarkeit“ der Menschen, insbesondere von marginalisierten und benachteiligten Gruppen. Die Anpassung an den Klimawandel sollte *mit* den Betroffenen und insbesondere den Frauen geplant werden und nicht *für* (oder im Extremfall sogar: *gegen*) sie. Oft wissen die Betroffenen viel besser als weit entfernte Planungskomitees aus der Hauptstadt, wie der Klimawandel sie beeinträchtigt und welche Lösungen für sie geeignet sind.

OXFAMS FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Eine global gerechte Bewältigung des Klimawandels erfordert ein deutlich stärkeres Engagement insbesondere der reichen Länder. Von der Bundesregierung fordert Oxfam daher:

- ➔ **Jedes Land muss fair zum globalen Klimaschutz beitragen. Deutschland muss daher seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent reduzieren. Das bestehende Ziel, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent abzusenken, muss unbedingt erreicht werden.**
- ➔ **Wir müssen weg von Kohle und anderen fossilen Energieträgern und konsequent auf die erneuerbaren Energien umsteigen. Spätestens 2040 muss in Deutschland das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen.**
- ➔ **Deutschland muss die armen Länder stärker beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen, insbesondere im Bereich der Ernährungssicherung. Die Hilfe muss vor allem kleinbäuerliche Produzenten und Frauen erreichen, um ihre Widerstandsfähigkeit mithilfe von agrar-ökologischen Anbauverfahren und angepassten, traditionellen Sorten zu stärken.**
- ➔ **Die Bundesregierung muss die milliardenschwere öffentliche Unterstützung durch Exportkredite oder Bürgschaften für den Bau von Kohlekraftwerken im Ausland sowie für Projekte zum Abbau oder zur Verarbeitung von Kohle unbedingt beenden und stattdessen deutlich stärker den Ausbau der erneuerbaren Energien in den armen Ländern fördern.**

Quellen

- AMIS (2011): Enhance Market Transparency. Rome.
- Anwar, A. (2000/2001): Vulnerability of Bangladesh Coastal Region to climate change with adaptation options, SPARRSO.
- De Schutter, Olivier (2014): Report of the Special Rapporteur on the right to food, Olivier De Schutter. Final report: The transformative potential of the right to food. New York.
- FAO, IFAD and WFP (2015): The State of Food Insecurity in the World 2015, Meeting the 2015 international hunger targets: taking stock of uneven progress. Rome.
- FAO, IFAD and WFP (2014): The State of Food Insecurity in the World 2014, Strengthening the enabling environment for food security and nutrition. Rome.
- FAO (2011): FAO in the 21st century, Ensuring food security in a changing world. Rome.
- FAO (2005): Voluntary Guidelines to support the progressive realization of the right to adequate food in the context of national food security. Rome.
- IPCC (2014a): Climate Change 2014, Synthesis Report, Summary for Policymakers.
- IPCC (2014b): WGII AR5, Chapter 7. Food Security and Food Production.
- Oxfam (2015): Entering Uncharted Waters. El Niño and the threat to food security. Oxford.
- Oxfam (2014a): Gefährliche Partnerschaften. Berlin.
- Oxfam (2014b): A sign of things to come? Examining four major climate-related disasters, 2010–2013, and their impact on food security, A preliminary study for Oxfam's GROW Campaign. Oxford.
- Oxfam (2012): Extreme weather events and crop price spikes in a changing climate, Illustrative global simulation scenarios, Dirk Willenbök, Institute of Development Studies. University of Sussex, UK.
- Oxfam (2011): Exploring Food Price Scenarios Towards 2030, Dirk Willenbök, Institute of Development Studies. University of Sussex, UK.
- US National Intelligence Council (2012): Global Trends 2030: Alternative Worlds. Washington D.C.
- Weltbank (2015): Poverty Overview, Website: <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview>
- Weltbank (2014): Turn down the heat, Confronting the new climate normal. Washington D.C.
- Weltbank (2013): Turn down the heat, Climate extremes, regional impacts, and the case for resilience. Washington D.C.
- WFP (2012): Climate impacts in food security and nutrition, A review of existing knowledge. Rome.



„Das Wetter ist unberechenbar.“

Die 47-jährige Josephine Alad-Ad lebt in Sitio Matinao auf der philippinischen Insel Mindanao. Im Jahr 2009 fegte Taifun Kujira über ihren Heimatort hinweg. Sturzfluten wälzten sich um das Haus, das Wasser spülte Obstbäume und andere Nutzpflanzen davon. Die gesamte Ernte war verloren.

SIE MÖCHTEN OXFAMS ARBEIT FINANZIELL UNTERSTÜTZEN?

Spendenkonto: 80 90 500
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: KAMPAGNEN



Impressum

Herausgeber:
Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 030 - 45 30 69 0
Fax: 030 - 45 30 69 401
E-Mail: info@oxfam.de

V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Text: Christine Lottje

Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de

Oktober 2015

Diese Broschüre wurde mit umweltfreundlicher Technik produziert und gedruckt auf mit dem Blauen Engel ausgezeichneten Recyclingpapier aus 100% Altpapier.

WWW.OXFAM.DE

Dieses Projekt wurde gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung
liegt bei den Autorinnen.

